

Beschluss der Fraktion DIE LINKE, Fraktionsklausur am 27. August 2011

## **Das rote Projekt für den sozial-ökologischen Umbau – Thesen zur Diskussion**

Verantwortlich: Ulla Lötzer MdB, Hans Thie, Bernd Brouns, Michael Popp, Ursel Schönberger

### **1. ZIELE: Was ein Umbaukonzept leisten soll**

Der Vorstand hat beschlossen, dass die Fraktion während des Winterhalbjahres 2011-2012 ein ausgereiftes Konzept für den sozial-ökologischen Umbau erarbeitet. Arbeitstitel: Das rote Projekt für den grünen Umbau.

Dieses Konzept wird selbstverständlich auf dem erreichten Stand der Parteiprogrammatik aufbauen und diverse Vorarbeiten vorwiegend fachpolitischer Natur berücksichtigen. Es geht insoweit nicht um eine völlig neue inhaltliche Ausrichtung. Es geht vor allem darum, die vorhandenen Ideen und Forderungen weiterzuentwickeln und zu einem erkennbaren, durchdachten Konzept zu integrieren.

*Das Konzept soll zeigen, dass der ökologische Umbau in hinreichender Tiefe und Breite und mit Tempo nur dann gelingen kann, wenn er durchgehend als soziales und wirtschaftliches Erneuerungsprojekt angelegt ist. Es geht um die selbstbewusst vorgetragene und schlüssig argumentierte These: Der Umbau muss in kräftigem Rot auftreten, wenn er sattgrün werden soll. Das Gegenmodell, ein auf Marktinstrumente beschränktes Projekt, das an der herrschenden Ungleichheit nichts ändern will, wird den ökologischen Herausforderungen nicht gerecht.*

Primäres Ziel des Konzepts ist selbstverständlich die Beeinflussung der gesellschaftlichen Debatte. Aber es geht auch um unsere eigene Profilierung. Gerade unter dem Druck der ökologischen Gefahren kann unsere gesellschaftsverändernde Perspektive wieder klarer werden. Denn ökologisch gesehen ist eine gerechtere Gesellschaft kein beliebiges Programm, kein Wunschkonzert, kein nostalgisches Schwelgen, sondern ein beinhardter Sachzwang.

Das Konzept soll möglichst plastisch deutlich machen, wie spürbare Verbesserungen in der Gegenwart mit grundlegenden Veränderungen zu kombinieren sind. In diesem Sinne ist präzise zu formulieren, was mit welchen Instrumenten in Wirtschaft und Gesellschaft zu ändern ist, wenn die zügige und kräftige Entkopplung von Wohlstand und Naturverbrauch auf gerechte, kooperative und friedliche Weise gelingen soll.

### **Das Konzept sollte sich in drei Teile gliedern:**

1. Argumentation, weshalb die ökologischen Herausforderungen einen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft erfordern und wie diese Umbauten zu schaffen sind (inklusive Forderungen und Zuspitzung auf klare politische Botschaften)
2. Definition und genauere Beschreibung von Leitprojekten:
  - Energie,
  - Gebäudewirtschaft/Infrastrukturen,
  - Verkehr/Mobilität,
  - Agrar/Ernährung,
  - Industrie
3. Kräfteverhältnisse und Bündnispartner

## **2. HERAUSFORDERUNGEN: Worauf ein Umbaukonzept Antworten geben muss**

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts hat sich die globale Wirtschaftsleistung verfünffacht. Geht man davon aus, dass die Weltbevölkerung bis 2050 von 6,9 auf über 9 Milliarden Menschen wächst und dass diese Menschen im gleichen materiellen Wohlstand leben wie heute die Menschen in den OECD-Staaten, so müsste die Weltwirtschaft bis dahin fünfzehnmal so groß sein wie heute.

Doch schon jetzt werden pro Tag etwa 75 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> freigesetzt, die Meere mit etwa 350.000 Tonnen überfischt, etwa 100 Arten ausgerottet, 50.000 Hektar Wald abgeholzt, 20.000 Hektar Ackerland zerstört, und 30 Prozent der Weltbevölkerung leiden unter Wasserknappheit.

Diese Überbeanspruchung der Natur, diese Erosion der Lebensgrundlagen, lässt sich näherungsweise in zusammenfassenden Maßen berechnen. So zeigt beispielsweise das Konzept des ökologischen Fußabdrucks, wie viel Fläche nötig ist, um einen Menschen mit Energie und Rohstoffen zu versorgen und die von ihm verursachten Schadstoffe zu absorbieren.

Der deutsche Durchschnitts-Fußabdruck liegt bei 5,09 Hektar, während die Erde durchschnittlich nur 1,9 Hektar pro Mensch zur Verfügung stellen kann. Folglich ist unsere heutige Art, zu produzieren und zu konsumieren, weder verlängerbar noch auf die Erde verallgemeinerbar.

**Es muss also ein Prozess eingeleitet werden, in dem der Energie- und Materialverbrauch pro Kopf in den Industrieländern drastisch sinkt, während er gleichzeitig in den Entwicklungsländern nur bis zu einem naturverträglichen Maß steigen darf. Das ist eine Aufgabe wahrhaft historischer Dimension.**

Grenzen der Naturnutzung zu erkennen, zu akzeptieren und sich ihnen gemäß zu verhalten, ist ungewohnt – für die Gesellschaft insgesamt und für die Politik nicht minder. Denn im Unterschied zu früheren Zeiten stehen nicht nur die Verhältnisse zwischen den Menschen zur Debatte. Es geht nicht nur um Produktion und Verteilung, um Ungleichheit und Gleichheit, um Kapitalismus und Sozialismus. Zur Debatte stehen auch und immer drängender die Qualität und der Umfang unserer Ausbeutung natürlicher Ressourcen – und das wiederum nicht nur lokal und regional, sondern global.

Eine Verlängerung der Gegenwart, ein Weiter-So auf dem Pfad zunehmender Plünderung des Planeten, mag kurzfristig möglich sein. Langfristig werden die Folgen einer falschen Wirtschaftsweise umso gravierender, je länger der Irrsinn anhält.

Die gewohnten Formen von Produktion und Konsum einerseits und die Reproduktion der Natur andererseits sind (angesichts der heute erreichten Mengendimensionen) nicht mehr kompatibel. Entsprechend ist gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung neu zu denken und anders zu gestalten.

Dass es gravierende ökologische Herausforderungen gibt, gehört in der Bundesrepublik mittlerweile zum Allgemeinwissen. Aber die Gewissheit, dass es anders geht, bleibt noch schwach. Denn angesichts der Wucht und des globalen Zusammenhangs der Probleme scheint zweifelhaft, ob rechtzeitiges und massenhaftes Handeln möglich sein wird.

Vor diesem Hintergrund darf man wohl die These wagen: *Die gewaltige Last der ökologischen Herausforderungen wird nur dann zu bewältigen sein, wenn sich die Abwehr von Gefahren mit motivierenden Visionen verbündet. Sich den Herausforderungen in ihrer ganzen Wucht zu stellen kann dann nämlich gleichzeitig bedeuten: das Tor aufzustoßen zu einer gerechteren und rationaleren Produktionsweise. Nachhaltigkeit ist dann kein lästiger Kostenfaktor, kein Bleigewicht, keine leidige Notwendigkeit, sondern ein Türöffner für eine lebenswertere Zukunft.*

### **3. ZENTRALE HANDLUNGSFELDER: Klima/Energie und Ressourcen**

#### **Klima/Energie**

„Das Kyoto-Protokoll ist tot“, verkündete der ehemalige Chef des UN Klimasekretariats Yvo de Boer im Juni 2011. Knapp zwei Jahre nach dem Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen steckt die internationale Klimadiplomatie in der Sackgasse. Ein Nachfolgeabkommen für das im Jahr 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll ist nicht in Sicht. Und 18 Jahre nach Verabschiedung der UN-Klimakonvention auf dem Erdgipfel von Rio (1992) lag der globale CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Jahr 2010 so hoch wie nie. Das auf dem UN-Klimagipfel in Cancún beschlossene Ziel, die globale Erwärmung auf 2 Grad begrenzen zu wollen, ist kaum mehr zu erreichen.

Nur eine Vorreiterrolle einzelner Staaten kann neuen Schwung in die UN-Verhandlungen bringen. Beispielsweise eine Verpflichtung der EU, ihre Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 zumindest um 30 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 zu senken – notwendig wären eigentlich 40 Prozent. Doch die EU macht die Übernahme des 30-Prozent-Ziels seit Jahren vom Fortgang der Verhandlungen abhängig – und so beißt die Katze sich in den Schwanz.

Zur historischen Verantwortung der Industrieländer gehört auch die finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Anpassung an den bereits heute nicht mehr vermeidbaren Klimawandel und dessen Folgen. Deutschland wolle dafür 1,3 Milliarden Euro in den Jahren 2010 bis 2012 zur Verfügung stellen, versprach Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Kopenhagener Klimagipfel. Diese Gelder sollten „neu und zusätzlich“ sein, um keine Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit abzuziehen. „Neu und zusätzlich“ sind für die Jahre 2010 bis 2012 bislang aber lediglich knappe 140 Millionen Euro im Bundeshaushalt vorgesehen.

Ein häufig gehörtes Argument lautet: Alleine voranzuschreiten, während es auf internationaler Ebene keine Einigung gebe, bringe nichts, da der Klimawandel ein globales Problem sei. Das genaue Gegenteil ist richtig. Ein entschiedener sozial-ökologischer Umbau auf lokaler und nationaler Ebene ist ein konkreter Beitrag im Kampf gegen den globalen Klimawandel – und kann mittelbar auch Impulse für den internationalen Verhandlungsprozess setzen.

**Für Deutschland heißt dies konkret: Halbierung der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 bis zum Jahr 2020, konsequenter Ausbau erneuerbarer Energien bei gleichzeitig effizienterem und sparsamerem Umgang mit Energie, kein Neubau von Kohlekraftwerken, Mobilität für alle ermöglichen durch einen bezahlbaren und auszubauenden öffentlichen Nahverkehr statt Festhalten am Leitbild einer individuellen Automobilität, verbindliche Finanzausgaben für die Unterstützung von Entwicklungsländern bei ihrem Kampf gegen den Klimawandel.**

Neben dem Ausbau erneuerbarer Energien ist das Einsparen von Energie die zentrale „Energiequelle“ der Zukunft. Die nachhaltigste Kilowattstunde Strom ist die nicht erzeugte. Neben der Änderung von Produktions- und Konsummustern spielt dabei der effiziente Umgang mit Energie eine zentrale Rolle. In der EU-Strategie Europa 2020 wurde das Ziel gesetzt, 20 Prozent des Primärenergieverbrauches gegenüber den Prognosen für 2020 einzusparen. Im März 2011 Jahres stellte die Kommission fest „dass die EU derzeit voraussichtlich nur die Hälfte des 20%-Ziels erreichen wird“ und will die Mitgliedstaaten zu konkreten Maßnahmen verpflichten.

Eine Führungsrolle soll der öffentliche Sektor übernehmen. Etwa 12 Prozent des Gebäudebestandes in der EU sind öffentliches Eigentum oder öffentlich genutzt. Die Kommission will die staatlichen Stellen verpflichten, jährlich 3 Prozent ihrer Gebäude (flächenbezogen) energetisch zu sanieren. Öffentliche Beschaffung soll auf Produkte, Gebäude und Dienstleistungen mit hoher Energieeffizienz ausgerichtet werden. Die Mitgliedsstaaten sollen Energieeffizienzverpflichtungssysteme einführen. Die Bundesregierung läuft Sturm gegen die Pläne der Kommission. Sie bestreitet zwar nicht, dass das Effizienzziel verfehlt werden wird und beteuert natürlich auch, dass man etwas dagegen übernehmen müsse, geißelt die Pläne der Kommission jedoch als dirigistisch und marktfeindlich. Diese Politik der Bundesregierung setzt sich auf nationaler Ebene fort. Anstatt klare Vorgaben für verbindliche Effizienzsteigerungen zu erlassen, setzt die Koalition lediglich auf steuerliche Anreize und eine Erhöhung von Fördergeldern. Bei der Novellierung des EEG (Erneuer-

bare Energien Gesetz) in diesem Juni hat die Regierung eine große Chance für mehr Effizienz verstreichen lassen. Anstatt die Begünstigung der energieintensiven Industrie bei der EEG-Umlage degressiv zu gestalten und an jährliche Effizienzsteigerungen zu knüpfen, bekommen die energieintensiven Unternehmen ihren Strom jetzt noch billiger.

Selbst große Potenziale zur Energieeinsparung, deren „Grenzkosten“ bei Null liegen, werden oft nicht genutzt. Oder anders gesagt: *ohne oder mit wenig zusätzlichem Aufwand ließen sich Einsparungen im Energieverbrauch wie in den Energiekosten realisieren. Es reicht nicht, wie die Bundesregierung auf unverbindliche Selbstverpflichtungen der Industrie zu setzen oder die Rolle der Verbraucher durch verbesserte Information und Beratung zu stärken. Zusätzlich braucht es einen Mix aus Forschungs- und Investitionsförderung einerseits und Verbrauchsobergrenzen sowie Ge- und Verboten andererseits. Nur so lassen sich die seit Jahren beschworenen Einsparpotenziale auch tatsächlich heben.*

### **Ressourcen**

Viele natürliche Ressourcen, von denen unsere wirtschaftliche Entwicklung abhängt, sind ernsthaft in Gefahr, übernutzt zu werden oder zu versiegen. Die Nachfrage nach Rohstoffen ist seit der Jahrtausendwende massiv gestiegen. Die dadurch angetriebene Exploration von entlegenen Rohstoffvorkommen hat dramatische Folgen für die Umwelt.

Nicht nur werden dadurch bisher unberührte Naturräume zerstört und indigene Bevölkerungen vertrieben. Auch der Einsatz von Chemikalien und Energie und billigen Arbeitskräften steigt bei der Ausbeutung entlegener Ressourcenvorkommen. Bedingt durch die ungleiche geographische Ressourcenverteilung gibt es mehr Konflikte um Rohstoffe. Während die Industrieländer 80 Prozent der globalen Wertschöpfung erbringen, entfallen auf sie nur 20 Prozent der ökologischen und sozialen Folgen des Ressourcenverbrauchs.

**Eine nachhaltige Ressourcenpolitik, die sowohl die Entwicklungsinteressen der Länder des Südens als auch soziale und ökologische Interessen in den Industrieländern berücksichtigt, ist bisher weder auf nationaler noch auf europäischer oder gar globaler Ebene erkennbar. Vielmehr sind die rohstoffpolitischen Strategien der Bundesregierung (Oktober 2010) und der EU einseitig darauf ausgerichtet, einen ungehinderten und möglichst kostengünstigen Zugang zu Rohstoffen abzusichern.**

Die Bundesregierung fordert mit dem BDI: Investitionsbeschränkungen in den Rohstoffländern sollen beseitigt werden, Exportzölle bei der Ausfuhr von Rohstoffen sollen fallen, Quoten sollen verboten werden. Diese Rohstoffpolitik wird die Entwicklungsländer weiter davon abhalten, ihre Rohstoffe nachhaltig zu nutzen, eigene verarbeitende Industrien aufzubauen und ihre Entwicklung im Sinne ihrer Bevölkerung und der Umwelt zu lenken.

**Durch diese Fixierung auf den freien Zugang zu Rohstoffen werden die Industrieländer ihrer globalen Verantwortung nicht gerecht: Eine aktive Industriepolitik zur Steigerung der Ressourcenproduktivität wird als ordnungspolitisches Teufelszeug abgelehnt. Die Durchsetzung neuer Zukunftstechnologien oder gar einer ressourcenvermeidenden Produktionsweise wird dem Markt überlassen.**

In vielen Industriestaaten konnte eine relative Entkopplung von wirtschaftlichen Wachstum und Ressourcenverbrauch erreicht werden. Die notwendige absolute Senkung des Ressourcenverbrauchs steht allerdings in weiter Ferne. **Erstes Leitprinzip einer alternativen Ressourcenpolitik muss es sein, Produktion und Konsum auf Ressourcenvermeidung, geschlossene Stoffkreisläufe und Wiederverwertung umzustellen.**

### **IV. ROTER FADEN:**

#### **Was zu einem sozial-ökologischen Projekt der LINKEN gehört**

Gegenwärtig ist Wirtschaftswachstum keine Option, die man ergreifen kann oder auch nicht, sondern systematisch erzwungen. Wirtschaftswachstum wirkt wie ein Naturgesetz, das sich der Entscheidung entzieht. Die kapitalistische Privatwirtschaft ist auf Wachstum angewiesen. Rendite- und Zinsforderungen sind nur zu bedienen, wenn die Wirtschaft wächst.

Dieser Wachstumszwang gilt nicht nur für das Kapital, sondern für alle wesentlichen gesellschaftlichen Institutionen. Ob Arbeitsmarkt, soziale Sicherungssysteme oder öffentliche Haushalte – sie alle sind auf Wachstum hin konstruiert. So wie Wirtschaft und Gesellschaft gegenwärtig verfasst sind, wirkt Null-Wachstum zerstörend. Eine länger anhaltende Schrumpfung wäre eine Katastrophe, wenn Wirtschaft und Gesellschaft so blieben wie sie sind.

Deshalb lautet immer wieder die Empfehlung: „Wir müssen mehr Wachstum generieren“. Wegen der kurzfristigen Effekte ist das verständlich. Konjunkturelle Aufschwünge stabilisieren die Beschäftigung, sorgen für steigende Steuereinnahmen und solidere Sozialkassen. All das sei unverzichtbar, heißt es, Wachstum also der Königsweg. Das Unbehagen mag sich in Feierstunden oder Enquete-Kommissionen austoben – im Alltag gibt es scheinbar für die Allzweckwaffe Wachstum keinen Ersatz. Das implizite Ideal herkömmlicher Wirtschaftspolitik sind sogar gleichbleibend hohe Steigerungsraten, also exponentielles Wachstum.

Aber ein Wachstumsmodell, das sich auf soziale Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung gründet, kann nicht Grundlage linker und zivilisatorischer Politik sein. Der Kapitalismus wird sozialen Bedürfnissen, ökonomischen Herausforderungen und ökologischen Lösungen nicht gerecht. Entscheidungen mit längerfristiger Perspektive und die Berücksichtigung langer Zyklen der Natur stehen in tiefem Widerspruch zum kurzfristigen Profitkalkül. Und gerade in den Industrieländern haben wir es ohnehin mit tendenziell sinkenden Wachstumsraten zu tun, die ebenfalls nicht zu ignorieren sind.

**Deshalb braucht es ein neues Wirtschaftsmodell, das Stabilität, Gerechtigkeit und ökologische Grenzen miteinander verbindet. Ein Wirtschaftsmodell, das sich soziale und ökologische Nachhaltigkeit zum Ziel setzt und nicht Wachstum.**

In verschiedenen Ländern (Kanada, Österreich) haben Ökonomen begonnen, neue Modelle zu entwickeln, die Stabilität, Gerechtigkeit und Ökologie bei Niedrig- und sogar Nullwachstum miteinander in Einklang bringen. Bei all diesen Modellen spielen die Fragen der Umwandlung von Arbeitsproduktivität in Verkürzung von Arbeitszeit, der Umverteilung von Einkommen sowie eine sozial-ökologische orientierte Investitionspolitik eine entscheidende Rolle. Diese Modelle enthalten eine Neubewertung der Natur und des informellen Sektors. Und sie fordern eine Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, eine Bilanzierung, die auch das berücksichtigt, was bislang nicht oder unzureichend in die Statistik eingeht: häusliche Arbeit, Pflegearbeit und ehrenamtliches Engagement, ökologische und gesundheitliche Folgen von Umweltverschmutzung, Erschöpfung von Ressourcen und andererseits Leistungen zum Erhalt von Umwelt und Ressourcen.

Von neuen Erkenntnissen bleibt die Politik nicht unberührt. Selbst die Bundesregierung formuliert in ihrem aktuellen Umweltbericht 2010, dass eine absolute Senkung des Naturverbrauchs notwendig sei: „Für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und damit auch ihrer nachhaltigen Nutzung ist es eine unabdingbare Voraussetzung, dass wir wirtschaftliches Wachstum dauerhaft von vermehrtem Energie- und Ressourcenverbrauch entkoppeln und darüber hinaus den Verbrauch auch absolut senken. Wir müssen unser Verständnis von Wachstum auf den Prüfstand stellen. Wir brauchen heute ein qualitatives Wirtschaftswachstum, das den ökologischen Grenzen, dem Streben der Menschen nach mehr Lebensqualität und ihren sozialen Bedürfnissen Rechnung trägt.“

Angesichts fortschreitender Rohstoffverknappung und entsprechend steigender Preise werden Tendenzen der Entkoppelung zwangsläufig stärker. Reine Effizienzstrategien, die den Verbrauch in Relation zur Wertschöpfung senken sollen, reichen aber nicht, um die Inanspruchnahme der Natur schnell, dauerhaft und absolut zu senken. Dem steht der sogenannte Bumerang- oder Rebound-Effekt entgegen.

Rebound bedeutet für den Konsum: Die in der Wohnung eingesparte Kilowattstunde entlastet das Einkommen und landet als Umsatzplus bei „Mediamarkt“ oder beim Reisebüro. Rebound bedeutet für die Produktion: Der verminderte Rohstoffverbrauch des Unternehmens senkt die Kosten und stärkt die Fähigkeit, in neue Produktlinien zu investieren. So steigert bislang jeder Effizienzgewinn an der einen den Verbrauch an anderer Stelle.

Einen systemverträglichen Ausweg aus diesem Dilemma gibt es nur, wenn die Preise für schmutzige Energie und für Rohstoffe auf breiter Front und anhaltend steigen. Mit einer deutlich spürbaren Besteuerung

aller Natur-Inputs und aller Schadstoff-Outputs würde ein starker Anreiz entstehen, das Energiesystem zu erneuern und den Rohstoffverbrauch dauerhaft und stetig zu senken. Die Achillesferse dieser Strategie ist massenhafter sozialer Ausschluss. Wenn die Einkommensverteilung so ungleich bleibt wie sie ist, dann werden – bei einem deutlich steigenden Preisniveau des Naturverbrauchs – Flugreisen und vieles andere mehr zum Privileg der Gutsituierten und Begüterten. Diese Aussicht erstickt jede Politik der systematischen Ressourcenverteuerung schon im Keim.

**Positiv gewendet bedeutet das: Jede angemessen radikale Entkoppelungsstrategie verlangt eine angemessen radikale Veränderung der Einkommensverhältnisse. Je geringer die Einkommensunterschiede, desto mehr können die Ressourcen systematisch verteuert werden, desto größer werden die Einspareffekte. Nur wer auf mehr Gleichheit und mehr Gerechtigkeit setzt, kann Mehrheiten zum Umbau befähigen. Je egalitärer die Gesellschaft, desto größer wird die Bereitschaft, sich aktiv und bejahend dem ökologischen Umbau zu stellen.**

Bislang mangelt es an Szenarien, die den fälligen ökologischen Umbau als gesellschaftlichen Umbau markieren. Vorherrschend sind rein appellative Pamphlete, technizistische Abhandlungen, diagrammreiche Potenzialanalysen oder die Anhäufung von guten Beispielen. All das hat im Diskurs seinen Platz, bleibt aber auf Dauer unbefriedigend. Politiktaugliche Szenarien entstehen erst, wenn die nötige Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft namhaft wird.

**Der „Rote Faden“ eines sozial-ökologischen Projekts der LINKEN könnte aus folgenden Elementen bestehen:**

**Erstens** stehen wir vor der Herausforderung, ein System des globalen Ressourcenmanagements zu entwickeln, um in den Industriestaaten eine absolute Reduzierung des Ressourcenverbrauchs einzuleiten.

Unabhängig von Rückschlägen in der Vergangenheit muss das Ziel weiter verfolgt werden, auf allen Ebenen – national, europäisch und global – ehrgeizige Obergrenzen und Reduktionsziele für Ressourcenverbrauch und Schadstoffausstöße umzusetzen. Dann wären die Industrieländer weniger von Rohstoffzufuhren abhängig, Chancen für eine globale Ressourcengerechtigkeit würden eröffnet. Das Wuppertal-Institut schlägt beispielsweise vor, global zur Ressourcenentnahme des Jahres 2000 zurückzukehren (100-110 Milliarden Tonnen) und diese auf künftig 9 Milliarden Menschen gleich zu verteilen (11-12 Tonnen pro Kopf). Rohstoffabbau darf nur unter sozialen und ökologischen Bedingungen und Rohstoffhandel darf nur zu gerechten Preisen stattfinden. Nötig ist neben der Bekämpfung der Spekulation mit Rohstoffen auch ein internationaler Verhandlungsprozess im Rahmen der UN, in dem ökologische Grenzen, Ressourcenverteilung, faire Eigentumsrechte und Nutzungsentgelte wie auch soziale und demokratische Mindeststandards geklärt werden.

**Zweitens** geht es um eine verstärkte Lenkung volkswirtschaftlicher Strukturen.

Eine Strategie, die nur auf einzelwirtschaftliche Ressourcen- und Energieeffizienz setzt, wird den Herausforderungen nicht gerecht. Umfassende Nachhaltigkeit ist ohne politische Lenkung des Strukturwandels nicht zu haben. Beispielsweise ist das Leitbild „Weg vom Auto und hin zu integrierter Mobilität mit öffentlichen Bahnen als tragender Säule“ klima- und verkehrspolitisch geboten. Wirklichkeit aber wird es nur, wenn starke Anreize und scharfe Vorgaben gesetzt werden. Folglich sollte die Angst vor der argumentativen Keule „Planwirtschaft“ die Angriffslust nicht trüben. Denn das ökologische Problem verlangt – ob im Verkehrssektor oder anderswo – langfristige Planung, wie auch die Bundesregierung konstatiert, wenn sie ein Energiekonzept mit dem Planungshorizont von 40 Jahren vorlegt.

Das Argument, dass die Politik nicht schlauer sein könne als der Markt, mag bei einzelnen Technologien zutreffen (weshalb zum Beispiel das EEG technologieoffen konzipiert wurde). Für das Ressourcenproblem insgesamt ist dieses Argument ganz sicher falsch. Die Ursache des Klimaproblems ist globales Marktversagen, konstatierte vor einigen Jahren der „Stern-Report“. Politische Lenkung ist also geboten: schnell weg vom Falschen und schnell hin zum Richtigen. Ohne politische Lenkung – das zeigen alle früheren Erfahrungen intensiven Strukturwandels – ist zügiger und paralleler Abbau, Umbau und Neuaufbau wirtschaftlicher Aktivitäten nicht möglich.

**Drittens** ist es geboten, den Finanzsektor scharf zu reglementieren und weitgehend zu vergesellschaften.

Gegenwärtig sind nahezu alle relevanten Ressourcenpreise in großem Umfang spekulativ verzerrt. Kredithebel werden massenhaft missbraucht. Wer den ökologischen Umbau will, kann das nicht tolerieren. Insbesondere der Kredit, der große Hebel der Geschichte, muss im öffentlichen Interesse wirken – womöglich auch als direkter Notenbankkredit an öffentliche, dem Umbau verpflichtete Einrichtungen.

**Viertens** geht es um verlässliche Einkommens- und Berufsperspektiven im Prozess des Umbaus.

So ist es beispielsweise schwer vorstellbar, wie ohne die Einbeziehung und Gewinnung der Beschäftigten vor allem in den Industriebereichen ein Umbau vollzogen werden soll. Zu beachten ist dabei auch: ‚Grüne Jobs‘ sind nicht automatisch gute Jobs. Das wird gerade im Energiebereich deutlich. Damit Arbeitsplätze nachhaltig, also vor allem sozial sind und zu mehr Lebensqualität führen, müssen sie dem Konzept „Gute Arbeit“ entsprechen. Demokratische Rechte und Tarifverträge müssen selbstverständlich auch bei neu entstehenden grünen Jobs gelten.

Wer den zivilisatorischen Fortschritt will, muss für Angstfreiheit im Wandel sorgen. Chancen und Einkommen (nicht Arbeitsplätze) sind zu garantieren, damit die Angst vor dem Jobverlust ihre Basis verliert. In diesem Sinne bedarf es einer deutlichen Umverteilung von oben nach unten und einer von Grund auf renovierten Arbeitsmarktpolitik. Und es ist an der Zeit zu überlegen, wie die Verteilung der Arbeitszeiten möglichst mit Verfassungsrang geregelt werden kann. Die Chance (nicht die Pflicht) zur beruflichen Teilhabe muss garantiert sein, damit Beharrungscoalitionen ins Leere laufen. Eine Politik garantierter Teilhabe sollte die Beschäftigungspolitik bisheriger Art ablösen.

**Fünftens** bedarf es eines durchgehend ökologisierten Systems von Steuern und Abgaben.

Als Grundsatz sollte gelten: Je höher der Verbrauch, desto höher der Preis pro Einheit. Der Naturverbrauch wird in seiner ganzen Breite teurer, aber mit einer progressiv ansteigenden Belastungskurve. Der naturverträgliche Grundbedarf bleibt erschwinglich. Der mit Nachhaltigkeit nicht zu vereinbarende Mehrverbrauch wird drastisch besteuert beziehungsweise mit Abgaben belegt. Soweit ökologische Lenkungseffekte nicht mit Steuerpolitik zu erreichen sind, werden Spartarife beziehungsweise kombinierte Basis-Progressiv-Tarife mit gleicher Wirkung vorgeschrieben. Mit allen geeigneten Mitteln wird das Prinzip verwirklicht: Beim Ressourcenverbrauch gibt es keine Rabatte, sondern nur Kontrarabatte.

**Sechstens** ist im ökologischen Interesse der öffentliche, am Bedarf orientierte Sektor zu vergrößern und zu qualifizieren.

Ein Gemeinwesen, das zu einem tiefgreifenden Umbau fähig sein will, muss das Prinzip „nachhaltige Bedarfsdeckung“ zu einem erheblichen Teil auch auf direktem Wege verwirklichen können. Die aktuelle Welle der Rekommunalisierungen sollte zu einem dauerhaften Trend werden, nicht nur Privatisierungen umkehren, sondern auch der kommunalen und regionalen Souveränität neues Terrain erschließen

Bereits heute wachsen von Nordfriesland bis zum Berchtesgadener Land, von der Pfalz bis ins brandenburgische Prenzlau kräftige Pflanzen einer Gemeinwirtschaft neuen Typs. Das erklärte Ziel einer schnell wachsenden Zahl von Stadtwerken, Energiegenossenschaften, Bürgerkraftwerken, von lokalen Initiativen und Bündnissen lautet Energieautonomie auf regenerativer Basis für die jeweilige Region. Die besten Beispiele demonstrieren, dass Ökologie, Effizienz und demokratische Gestaltungsmacht Hand in Hand gehen können. Wie die Praxis zeigt, ist zugunsten der jeweiligen Kommunen und Regionen ein mehrdimensionaler „Return on Initiative“ möglich: neue Arbeitsplätze und zusätzliche Einkommen, günstigere Energiepreise (Kraft-Wärme-Koppelung), weniger Emissionen, schrittweise Entmachtung von Energiekonzernen durch eigene Energieerzeugung, Stärkung der kommunalen Demokratie und der lokalen Steuerbasis, stabile regionale Kreisläufe, profitable Verwertung von Rest- und Abfallstoffen statt kostenträchtige Entsorgung, kommunale Souveränität statt Abhängigkeit von externen Investoren.

Wer diese Früchte ernten will, muss begreifen: Energiefragen sind immer auch Gesellschaftsfragen. Wer Energiefragen fachpolitisch verkürzt, etwa nach dem Motto „verlässliche Versorgung zu günstigen Preisen“, verfehlt das Potenzial einer neuen, dezentralen Energiestruktur. Rekommunalisierung kann deshalb nicht

nur bedeuten, privatisierte Stadtwerke und/oder Verteilnetze wieder in öffentliches Eigentum zu überführen, um auf diesem Wege die Energiepreise sozialverträglich zu gestalten. Vielmehr ist von vornherein die eigene Produktion von Strom und Wärme ins Visier zu nehmen, weil erst mit integrierten Konzepten der Schatz einer „Energiewende von unten“ gehoben werden kann. Ein kräftiges Kapitel „Demokratischer Ökosozialismus“ kann vor Ort geschrieben werden, wenn in Kooperation mit privaten Initiativen und lokalen Dienstleistern die Übernahme weiterer Teile der Energieversorgungskette gelingt.

**Siebtens** ist eine Industriepolitik in sozial-ökologischer Verantwortung notwendig.

Neben öffentlichen Investitionen spielt der Umbau der industriellen Strukturen insbesondere in einem Industrieland wie Deutschland eine besondere Rolle. Es reicht nicht aus, grüne Märkte zu definieren und zu fördern, wie es im Green New Deal propagiert wird. Solange höchstmögliche Rendite für die Anteilseigner das zentrale Ziel unternehmerischen Handelns ist, wird auch „grüne“ Technologie sich dem blinden Wachstumszwang unterwerfen müssen. Stattdessen sind auch industrielle Investitionen, Produktentwicklungen und Produktionsprozesse deutlich stärker politisch zu beeinflussen als das bisher geschieht.

Der Fokus wird dabei auf der Energie- und Ressourcenproduktivität liegen und nicht – wie in der Vergangenheit – auf der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Der durchschnittliche Kostenanteil für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ist im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland etwa doppelt so hoch wie der für Löhne, und er steigt tendenziell an. Eine wirksame Politik der Ressourceneffizienz senkt die Kosten, ohne Druck auf die Reallöhne auszuüben und schafft neuen Verteilungsspielraum. In diesem Sinne sind auch die Gewerkschaften als Akteur einer solchen Transformation anzusprechen.

Der Staat muss seine öffentliche Förderung der Industrie an sozialen und ökologischen Kriterien ausrichten. Anders als gegenwärtig sollte diese Förderung künftig in Form von Beteiligungen entweder der öffentlichen Hand oder der Belegschaften vollzogen werden, damit auch ein Vermögensausgleich erfolgt.

Die Unternehmen ihrerseits müssen verpflichtet werden, eine sozial-ökologische Bilanzierung ihres Handelns vorzunehmen. Dabei sind nicht nur Produkte und Produktionsprozesse, sondern auch Unternehmensziele, Höhe der Renditen und die Struktur ihrer Unternehmensfinanzierung aufzuzeigen und gegebenenfalls zu korrigieren. Anstatt global die Investitionsfreiheit und -sicherheit für transnational agierende Konzerne durchzusetzen, bedarf es einer sozial-ökologischen Investitionslenkung auch in Handelsverträgen.

**Achtens** ist die Wirtschaftsdemokratie ein zentrales Instrument der Transformation.

Demokratie endet in den meisten Unternehmen immer noch am Werkstor. Was, für wen und vor allem auf welche Weise und unter welchen Umständen produziert wird, entscheiden winzige Minderheiten – Unternehmer oder Manager im Auftrag der Kapitaleigentümer. Die Alternative ist ein wirtschaftsdemokratisches Regime, in dem Belegschaften, Institutionen der Zivilgesellschaft und Parlamente wesentlich stärker eingreifen können – und das von der kommunalen bis zu globalen Ebene.

Für all diese Zwecke sind „Wirtschaftsräte“ zu bilden, in denen auf betrieblicher, regionaler, bundesweiter und Branchenebene Gewerkschaften, Umweltverbände und andere zivilgesellschaftliche Organisationen vertreten sind. Diese Räte sollen neben und in Zusammenarbeit mit Parlamenten die Kontrolle öffentlicher Investitionen, öffentlicher Beteiligungen und öffentlicher Betriebe sichern. Diese Räte sollen zudem an der wirtschaftspolitischen Rahmensetzung für die Industriepolitik beteiligt sein.

Weitere Instrumente der demokratischen Mitbestimmung sind BürgerInnenhaushalte auf kommunaler Ebene, Bürgerforen analog zur Agenda 21, die direkte Wahl von Geschäftsführungen oder Vorständen öffentlicher Unternehmen sowie die Ausweitung von Transparenz und öffentlicher Kontrolle.

Wirtschaftsdemokratie beinhaltet auch eine Neuordnung europäischer und globaler Handels- und Wirtschaftspolitik. Es geht um die Demokratisierung und Dezentralisierung globaler Institutionen. Alle Staaten sind gleichberechtigt zu beteiligen. Abkommen der UN und ihrer Organisationen, die Menschenrechte, soziale- und ökologische Fragen betreffen, haben Vorrang vor Handelsliberalisierung. Sie sollen gestärkt und sanktionsfähig werden. Wir wollen einen Wirtschaftsrat auf UN-Ebene zur demokratischen Kontrolle.